

## Zum Bürgerkrieg in Haiti

Armin Kammrad, Augsburg, 22.02.2004

Der jetzige Bürgerkrieg in Haiti verdient besonders deshalb Beachtung sowohl der Friedens- als auch der Bewegung gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik, da es sich hier dem Wesen nach um einen Aufstand gegen die Regierung aufgrund der wirtschaftlich katastrophalen Situation handelt. Die Vorwürfe der sog. Opposition gegen Jean-Bertrand Aristide wegen Korruption, Wahlbetrug usw. sind nur in diesem Zusammenhang zu sehen und zu verstehen. Haiti hat einen permanenten Rückgang des BIP. Die Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 70 Prozent. Das Durchschnittseinkommen beträgt 1 Dollar pro Tag. Die Inflation stieg im Zeitraum von 1990 bis 2001 auf über 20 Prozent. Die Folgen sind eine Lebenserwartung von 52 Jahren, eine Säuglingssterblichkeit von 8 Prozent, eine Kindersterblichkeit von ca. 13 Prozent und eine Analphabetenrate von über 50 Prozent. Wesentlich ist also nicht ein zuwenig an Demokratie, sondern dass unabhängig davon, die Bevölkerung regelrecht im Elend versinkt. Frankreich und nun auch die USA haben einen ang. Friedensplan für Haiti erarbeitet. Ob Truppen eingreifen ist gegenwärtig noch offen, aber bei Fortschreiten der Erfolge der Rebellen wahrscheinlich. Dieser sog. Friedensplan kommt auch permanent über die Nachrichten und beinhaltet in etwa, eine Ernennung eines neuen Premierministers, die Bildung einer Regierung unter Einschluss der Opposition, die Entwaffnung der Milizen und die Vorbereitung von Parlamentswahlen. Aristide soll im Gegensatz zu den Forderungen der Rebellen bis Februar 2006 im Amt bleiben. Dieser Plan kann und wird keinen Frieden schaffen, außer ausländische Truppen walzen mit Waffengewalt alles, was sich wehrt nieder. Denn hier fehlt das Wesentliche – Pläne und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung.

Tatsächlich steht Haiti beim IWF (Internationalen Währungsfond) mit knapp 1300 Millionen Dollar in der Kreide. Der IWF besteht darauf, dass die Schuldendeckung absolut vorgeht, also auch vor der Milderung der Armut. Ein Schuldenerlass wird abgelehnt. Völlig undenkbar scheinen weitere Kredite zu sein, obwohl Haiti ein klassischer Fall für die ursprüngliche Idee der Wirtschaftshilfe des IWF darstellt. Da Aristide alle Forderungen des IWF akzeptiert, ist es nicht überraschend, dass er nach dem Willen der USA und auch Frankreich an der Macht bleiben soll. In diesem Sinne ist er auch tatsächlich korrupt. Statt an das Wohl seiner Bevölkerung zu denken und jegliche Rückzahlungen auszusetzen, kümmert er sich primär um diese Rückzahlungen (ob sein Luxus damit zu tun hat, kann wohl nicht ganz von der Hand gewiesen werden).

Die Forderungen nach Einhaltung demokratischer Grundsätze, wie sie allerwärts gegenwärtig erhoben wird, hat ihre natürlichen Grenzen dort, wo Demokratie nur noch Hunger und Elend bedeutet. Sie lenkt von der menschenverachtenden Wirtschaftspolitik des IWFs ab. Es ist diese, ausschließlich auf die Interessen der Reichen ausgerichtete Politik des IWFs, die Hauptursache für den Bürgerkrieg in Haiti ist. Dieser Hintergrund ist in Haiti durchaus bekannt.

So äußerte sich der haitianische Volkswirtschaftler Camille Chalmers kürzlich ziemlich eindeutig. Die Tatsache, dass 46 Prozent der Bevölkerung Haitis Hunger leidet, sei - seiner Einschätzung nach - das direkte Ergebnis der gegenüber dem Land angewandten neoliberalen Politik, die eine Destabilisierung der Landwirtschaft und der nationalen Produktionskapazität erzeugt hat. „Derzeit importieren wir aus den Vereinigten Staaten Reis im Wert von 250 Millionen Dollar. Haiti steht bei Verbrauch von importiertem Reis aus den Vereinigten Staaten pro Person an erster Stelle. Wir können selbst Reis produzieren, und wir machen das auch sehr gut, aber alle wissen, wie die Politik der Marktöffnung wirkt, die zu einer Reisschwemme aus den USA, einer Änderung der Verbrauchergewohnheiten und zu einer verstärkten Abhängigkeit von Produkten aus den USA geführt hat“, macht Camille Chalmers klar.

Statt irgendein Einsatz von militärischer Gewalt, müssen die Schulden ersatzlos erlassen werden und die für die haitianische Wirtschaft restriktiven und tödlichen Bedingungen des IWF annulliert werden. Der Bürgerkrieg in Haiti ist gegenwärtig das anschaulichste Beispiel dafür, dass nur grundlegende andere, gerechtere Wirtschaftsbedingungen auf der Welt

Hungeraufstände verhindern und Demokratie erhalten können. Angesichts dessen sollte die entscheidende Frage viel mehr in den Mittelpunkt gestellt werden: Ist die Wirtschaft für den Menschen oder dieser für das Funktionieren einer nicht akzeptablen Art des Wirtschaftens dar? Die unehrliche Haltung der gesamten sog. „demokratischen“ Welt, einschließlich Deutschlands, zu Haiti, macht im Übrigen auch klar, wie im Fall der Fälle die eigene Bevölkerung behandelt werden wird, wenn die Milliarden für die wirtschaftlich Mächtigen nicht mehr problemlos fließen. Nicht nur irgendwo am anderen Ende der Welt soll jegliche „Demokratie“ zur Entschuldigung für Massenelend werden. Wer jedoch bei solcher Art „Demokratie“ auf der Strecke bleibt, wird nicht über die richtige Staatsform philosophieren. Er will vor allen Dingen was zu essen. Wenn bezüglich des Iraks die von Weltbank und IWF begeisterten Staaten täglich von „Demokratie“ palavern, zeigt das Beispiel Haiti, welche Art von „Demokratie“ letztlich gemeint ist.